

Riesaer Tageblatt

Dreieinhalbseitige
Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Poststedtort:
Dresden 1889.
Girofasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Nr. 294.

Dienstag, 18. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschluss. Auf den Fall des Wintersatzes von Produktionsverzweigungen, Erhöhungen der Rohstoff- und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Kapazität für die Summe des Kundeschusses sinkt bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Erfordernis an bestimmten Lagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite 1 m lange Gründchusse 10 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Metallmesser 100 Gold-Pfennige; steuerbarer und tabellärlicher Satz 50%, Aufschlag, Netto-Tarife. Bereitwilliger Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Kostengräber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltsungsbeläge — hat der Begießer keinen Aufschlag auf Rechnung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gottschalk 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Grieg!

Gerade das, was seit Bekennen des Völkerbundes von allen Nationen als etwas Unverträgliches, ja geradezu als etwas Verbrecherisches bezeichnet wurde, scheint jetzt bittere Wirklichkeit zu werden. An der Grenze zwischen Bolivien und Paraguay haben sich die bisherigen vielleicht unbedeutenden Pflanzenleisten bereits zu Kampfschlachten entwickelt, die einem offiziellen Kriegskampf gleichkommen. In La Paz, der Hauptstadt Boliviens, herrscht wegen der letzten Erfolge auf dem "Kriegschauplatz" Siegesstimmung und eine von Tag zu Tage sich steigernde Kampfslust, in Asuncion, Paraguays Hauptstadt, hat die Empörung über den Einmarsch des bolivianischen Truppen und die blutigen Kämpfe einen Siegedgrad erreicht, der "Taten" sehen will. Jede ruhige und vernünftige Bewertung der Lage wird von den beiden Völkern im Augenblick abgelehnt, man will nur den Waffen die Entscheidung überlassen. Und heraustritt sich im übrigen an kommenden Heldentaten die Hölle. Ob angesichts einer solchen Stimmung, die gerade die Völker, die den Weltkrieg aktiv miterlebten, zur Genüge kennen), der Völkerbund vermitteilt und reitend im siegenden Augenblick noch eingreifen kann, möchte man fast bezweifeln. Frankreich soll zwar die Absicht haben, den Generalrat so schnell wie möglich zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzuberufen. Aber wie soll auch der energischste Beschluss dieses Rates etwas ausrichten können, wenn Blut bereits geflossen ist und "Siege" bereits gefeiert wurden? Genf ist weit weg, denken die Boliviener und werden sich den Testsel um die Beschlüsse scheren, ob sie ihre eigenen Angelegenheiten erledigen wollen. Der fact shows zur Gewissheit gewordene Krieg zwischen Bolivien und Paraguay ist nicht nur eine neue Menschenfeindschaft, er ist auch die größte Belastung, die der Institution des Völkerbundes seit ihrem Bestehen angefallen ist. Gelingt es dem Rat diekmal nicht, die beiden Völker zum Niederkommen der Waffen zu bewegen, ereignet sich womöglich das Schlimmste, daß noch andere südamerikanische Staaten in den Konflikt hineingezogen werden, so daß der Völkerbund eine Niederlage erlitten, die seine Grundlagen völlig erschüttert. Die Stunde ist ernst; sie entscheidet mehr als den Krieg zwischen zwei Völkern. Was die Kräfteverhältnisse zwischen Bolivien und Paraguay anbelangt, so ist zunächst festzustellen, daß Bolivien ungefähr dreimal so groß ist wie Deutschland, Paraguay etwa ebenso groß. Während aber in Deutschland auf den Quadratkilometer Meter Boden etwa 140 Einwohner fallen, kommen in Bolivien nur zwei, in Paraguay sogar nur 1½ Bewohner auf den Quadratkilometer. Trotz des großen Gebietes, daß die beiden Staaten umfassen, sind es also nur Kleinstaaten, die sich in die Haare geraten sind. Bolivien hat etwa 8 Millionen Einwohner, Paraguay 800 000. Das stehende Heer Boliviens setzt sich aus 8 Infanterieregimenten, 2 Kavallerieregimentern und 2 Artillerieregimentern zusammen, das Heer Paraguays umfaßt nur 2 Infanteriebataillone, 5 Maschinengewehrabteilungen, 2 Kavalleriegeschwadronen und 2 Gebirgsartillerie-Batterien sowie einige armierte Flugdampfer. Zu diesen Heeren treten im Kriegsfall noch die Reserven. Die militärische Unterlegenheit Paraguays wird etwas wettgemacht durch die unwegsame Wildnis am Grenzgebiet des Chaco, die größere Operationen nicht erlaubt. Sollte der Krieg also nur auf diese beiden Länder beschränkt bleiben, so hätte man mit gebrochenen Schlachten, ähnlich wie sie der Weltkrieg kannte, nicht zu rechnen. Beider besteht aber wenig Hoffnung, daß die anderen südamerikanischen Staaten sich den Ereignissen joenhalten werden.

Ein ausgebliebenes Weihnachtsfest.

Es mag zwar sonderbar erscheinen, daß man schon vor der Bescherung von ausgebildeten Geschenken spricht. Wir luxuriieren nicht, weil wir uns eine dem heutigen Glauben hinzugeben würden, daß man auf diese Weise nur doch noch zu dem betreffenden Weihnachtsfest kommen könnte. Dazu ist es zu früh. Wir meinen nämlich das Ausbleiben des Jesus von Nazareth nicht nur in Nazareth geschah, sondern leidlich verdecktes Bildung einer südlichen Südostasienregierung. Weder im Reich noch in Preußen ist es gelungen, dem deutschen Volke diesen fehlenden Weihnachtswunsch zu erfüllen. Es ist daher ein schwacher Trost, daß wir wenigstens von der gefürchteten traditionellen Weihnachtsfeier verschont geblieben sind. Allerdings auch nur von einem akuten Konflikt. Eine latente Furcht besteht nach wie vor. Die Bindungen der Koalitionsregierung im Reich sind mehr denn je gelöst. Die Nachwesen der Panzerkreuzergeschichte und des Kriegerkampfes haben sich innerhalb der Regierungsparteien in der unverzweigten Weise ausgewirkt. Das Misstrauen unter den Regierungsparteien ist in erschreckendem Umfang gewachsen. Die Gegenseite haben sich aber auch in anderen Fragen vertrieben, und die Stelle des deutsch-nationalen Fraktionsführers Graf von Moltke in der letzten Sitzung des Reichstages im alten Jahre enthielt schon einige bittere Wahrheiten, als er die Bewährung im Lager der sogenannten Koalitionsparteien zur Schließung brachte. Oder ist dem nicht so? Man denkt nur an die verschiedenen Parlamentsabgeordneten, wie auch an die Abstimmungen (Salomon-Wertheimer-Versicherung!), wo die parlamentarischen Träger des Kabinetts glatt auseinandergeflogen sind. Erinnert sei auch an die KPD und Weimar, in der die Sozialdemokratie ihre Rolle als verantwortliche Regierungspartei anzunehmen bestrebt war. Manchmal konnte man im Reichstag tatsächlich nicht mehr unterscheiden, welche Fraktionen nun eigentlich hinter der Regierung reden und welche zur Opposition gehören. Mit diesen Ausführungen soll die Tätigkeit des Kabinetts an Rio vor nicht

Zum Ergebnis von Lugano.

Eine Rundgebung französischer Intellektueller für die Revision des Vertrages von Versailles.

(Dresden.) Dem Völkerbund-Korrespondenten der Dresden Neuesten Nachrichten wurde nach Abschluß der Ratstagung von maßgebender deutscher Seite folgendes über das Ergebnis der Besprechungen zwischen den drei Außenministern mitgeteilt: Das Hauptergebnis der sehr ernsten und eingehenden Aussprache von Lugano ist es, daß den leitenden Staatsmännern der Gegenseite Augen geöffnet wurde, daß in der bisherigen Verständigungspolitik eine kaum heilbare Krise eintreten könnte, wenn das deutsche Volk nicht schnellstens von dem unverträglichen Druck der Belebung befreit würde. Der Ernst dieser Lage den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens eingehend beschreibt zu haben, ist das Verdikt Stresemanns. Das deutsche Volk hat seit Locarno lange genug auf die Verhandlungsbereitschaft gewartet.

Die Tatsache wurde in den Besprechungen eindeutig zum Ausdruck gebracht und hinzugefügt, daß die Politik in Deutschland nach Abschluß des Locarno-Vertrags durch das Wort gekennzeichnet wird: Gegenseitiges Vertrauen in die Heiligkeit der Verträge. Die Belebung deutschen Bodens durch fremde Truppen bedeutet aber den schärfsten Ausdruck des Misstrauens. Soll die Politik des Vertrauens wirklich siegen, so muß die andere Seite aus der deutschen Aussprache die entsprechenden Konsequenzen ziehen und zu der Überzeugung gelangen, daß wir die Belebung des Rheinlandes als Reparationspfand glatt ablehnen. Deutschland hat die ihm auferlegten Daweslasten bisher pünktlich bezahlt und es liegt keine Veranlassung vor, anzunehmen, daß, soweit seine Leistungsfähigkeit reicht, die nötigen Summen künftig nicht ausgebracht werden sollten. Außerdem entfällt der Dawesplan in sich selbst einschneidende Wirtschaftsgarantien, die viel wirksamer sind als militärische Maßnahmen. Der Eingang der Zahlungen ist vom ganzen oder bösen Willen Deutschlands gar nicht mehr abhängig.

Es wird Aufgabe der demnächst einzugehenden Verhandlungen sein, praktische Wege zu finden, die für beide Seiten gangbar sind. Nach den bisherigen Dispositionen sollen die diesbezüglichen Verhandlungen über die Räumungsfrage etwa gleichzeitig mit dem Zusammentritt des Sachverständigenausschusses für die endgültige Regelung der Reparationen auf diplomatischem Wege beginnen.

Die Christlichen Gewerkschaften und das Zentrum.

vda. In einer Versammlung von Vertretern der christlichen Gewerkschaften im Zentrum, die am Sonnabend in Essen stattfand, kritisierte Reichsbargabgeordneter Giesberts die Entscheidung des Parteitags zu ungünstigen Steigerwälde, wobei die Beamenschaft eine besondere Rolle gespielt habe. Im Gegensatz zu der Arbeiterschaft, der durch die Nachkriegspolitik des Zentrums wiederholt schwere Belastungen aufgelegt wurden, drohe die Beamenschaft, soweit sie dem Zentrum angehört, bei jeder Gelegenheit mit dem Austritt, wenn sie ihre Interessen nicht genügend vertreten glaubte. Bei den Arbeitern sei dieser Mangel an Solidarität gefühllosismus zu beobachten gewesen.

Hieraus sprach Abg. Steigerwald, der nach dem Bericht der "Bsp. Bsp." ausführte, es sei unpolitisch gewesen, einen katholischen Priester an die Spitze der Partei zu stellen in einer Zeit, wo man vor schweren wirtschaftlichen und sozialen Spannungen steht. Seit Gründung der Zentrumspartei seien große Handlungen in der sozialen Struktur vor sich gegangen. Die gegenwärtige Zeit erhalte ihr Gepräge durch den emanzipatorischen Drang der Arbeiter, der erst zur Hölle Erfolg gebracht habe. Da die rechte Hälfte in einem christentumfeindlichen oder christentumfreudlichen Sinne durchgeführt werden sollte, sei die Kardinallage der Gegenwart. In dem Augenblick, wo die katholische Weltanschauung keine paritätibildende Kraft mehr zu entwickeln vermöge, würde eine christlichsoziale Volkspartei entstehen, die mindestens zwei Drittel bis drei Viertel der bisherigen Zentrumswähler mit sich ziehen würde. Die christlich-nationalen Arbeiter fühlen sich heute in ihrer Partei mehr wohl. Es sei völlig falsch, zu glauben, daß die Zentrumspartei nur vom religiös-weltanschaulichen her wieder in Ordnung gebracht werden könne. Tatsächlich gebe es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Zentrumspartei bekomme eine geistig politische Einstellung, in der alle, die in die Zukunft sehen, ihre Ziele, frei von Interessenslügen, verfolgen, oder kein Mensch würde imstande sein, zu verhindern, daß die christlichsoziale Volkspartei, deren Grundlagen Steigerwald 1920 auf dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften umstritten habe, Wirklichkeit werde. Als Ziel aller Wirtschaftspolitik nannte Steigerwald die Wirtschaftsdemokratie, getragen vom Selbstverwaltungsgedanken und vom Selbstverantwortungsbewußtsein.

Auch die nach Steigerwald zum Wort kommenden Abgeordneten und Bediensteten forderten zu verstärkter Arbeit innerhalb der Partei auf, um die in Köln erlöste Minderheit der Zentrumswähler auszunutzen.

Beim Schluß wurde einstimmig eine

Gutschichtung

angenommen, worin es heißt: "Mit großem Bedauern nimmt die Tagung Kenntnis von den Begleiterscheinungen der Wahl des Parteivorsitzenden. Jede persönliche Vereinigung gegen den nunmehrigen Vorstand liegt den Arbeitern-Zentrumswählern durchaus fern. Sie sind aber der Überzeugung, daß in der Richtung des vom Parteivorsitzenden in Vorschlag gebrachten bewährten Führers der christlichen Arbeiterbewegung Steigerwald, eine bewußte Zurückhaltung des Arbeitersstandes erblickt werden muß. Das Ergebnis der Vorstandswahl ist möglicherweise mitbeeinflußt worden durch die derzeitige Aufmerksamkeit der Parteiführer. In keiner Weise spiegelt sich in diesen lebhaften die wirkliche Zusammenlegung der Zentrumswähler-Schaft wider."

Zum Schluß wird noch in der Gutschichtung betont, daß die Arbeiterschaft durch intensivere Arbeit im ganzen Parteileben sich einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß sichern müsse. Zu diesem Zweck müsse ein Reichsarbeiterrat in der Zentrumspartei geschaffen werden.

Unterredung zwischen Hoesch und Poincaré.

(Paris.) Der deutsche Botschafter von Hoesch hat heute eine erneute Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré in der Frage der Einziehung des Reparationsauschusses gehabt. Diese Unterredung hat zu einer Annäherung der beiderseitigen Standpunkte in den bekannten noch ausstehenden Punkten geführt.

in Grund und Boden verdammt werden, doch ist es ganz selbsterklärend, daß der Regierungskörper einschließlich der Gutschichtungsmachinerie unter solch unchristlichen parlamentarischen Verhältnissen lediglich sein. Dah also in dieser Form, die überhaupt keine Form ist, nicht mehr fortgewahrt werden kann, wird ja wohl in erster Linie den davon zumeist betroffenen Kabinettmitgliedern einleuchten. Man kann also den Wunsch begreifen, daß sie in den Minuten des Weihnachtszeit ernstlich über das künftige Schicksal der "Großen Koalition" nachdenken. Vielleicht bringen sie es dann zuwege, im neuen Jahre etwas erfolgreicheres zu arbeiten, was man nach groben Gutschichtungen betrachtet, vom alten Jahre auch regierungsteilig sicher nicht behaupten wird.